

Wie Gutmenschen argumentieren



Mit Linken über die Gefahren der Ideologien des Islam oder der Political Correctness zu diskutieren, ist in der Regel anstrengend und in den meisten Fällen Zeitvergeudung. Das liegt vor allem daran, dass sich das Weltbild unserer politisch korrekten Mitmenschen immer weniger mit der Realität in Einklang bringen lässt. Statt die eigene Position und das Weltbild zu überdenken und zu revidieren, adaptiert der linke Gutmensch lieber seine Argumentationsstrategie. Auf Kritik reagiert er nur mehr in den seltensten Fällen mit Sachargumenten, die sind ihm schon lange ausgegangen. Stattdessen bedient er sich stets der gleichen Abwehrstrategien.

1. Persönliche Unterstellungen

Die beliebteste und häufigste Art der Gutmenschen Kritik und unangenehme Wahrheiten zu begegnen, ist der Wechsel von der sachlichen auf die persönliche Ebene. Damit vermeidet er, sich auch nur im Ansatz mit Zahlen, Fakten und den tatsächlichen Problemen auseinanderzusetzen. Stattdessen lenkt er die Diskussion auf den Kontrahenten, um ihn so in die Defensive zu drängen. Allseits bekannt und beliebt ist die Nazikeule. Sie wird jedem übergezogen, der nicht ins linke Weltbild passt. Die Nazikeule funktioniert selbst dann, wenn die Anwürfe extrem weit hergeholt sind. Ralph Giordano ins rechtsextreme Eck zu stellen, ist ein gutes Beispiel dafür. Und weil es so einfach ist, keinerlei Wissen oder Sachkenntnis erfordert und man immer auf die Unterstützung der Medien zählen kann, wird

in Deutschland der Nazivorwurf exzessiv gebraucht. Abnützungstendenzen scheint es nicht zu geben.

Ebenfalls beliebt und in bester kommunistischer und nationalsozialistischer Tradition ist es, dem Gegner psychische Defekte und Krankheiten zu unterstellen. Man kennt das, unliebsamen Zeitgenossen werden Phobien (Xeno-, Islamo- etc.), also Geisteskrankheiten angedichtet. Ein klassisches Totschlagargument. Warum aber die Angst vor der islamischen Ideologie, angesichts der weltweiten Geschehnisse unbegründet und damit krankhaft sein soll, bleibt ein Geheimnis der linken Hobbypsychologen.

Kurz, wer nicht auf Linie der linken Gutmenschen ist, der muss ein Nazi, ein Rassist, ein Volksverhetzer, ein geistig Minderbemittelter oder ein Psychopath – jedenfalls gesellschaftlicher Abschaum – sein.

2. Relativierung

Wann immer man Steinigungen, Ehrenmorde oder Terroranschläge in eine Diskussion über die islamische Ideologie einbringt, kommt mit Sicherheit der Einwand: „...ja, aber die Christen...“. Und da die Christen zum Leidwesen der Gutmenschen eher selten Frauen steinigen oder sich und andere in die Luft sprengen, greift der Gutmensch gerne auf lang zurückliegende historische Ereignisse zurück. Besonders hoch im Kurs stehen die Kreuzzüge, sie sollen die ganze Schlechtigkeit des christlichen Abendlandes demonstrieren. Dass die Kreuzzüge einige Hundert Jahre zurückliegen, stört dabei ebenso wenig, wie, dass sie eine Reaktion auf die imperialistischen Bestrebungen des Islams waren. Auffällig ist auch, dass viele, die mit den Kreuzzügen argumentieren, in der Regel nur über ein äußerst spärliches historisches Wissen verfügen. Meist scheitern sie schon an den Jahreszahlen. Die oberflächliche Bildung der linken Gutmenschen stammt eben nicht aus Geschichtsbüchern, sondern aus zeitgeistigen und pseudowissenschaftlichen soziologischen oder psychologischen

Werken, in denen es primär darum geht, das Weltbild des Autors und jenes der Leser zu bestätigen.

3. Leugnen von Zusammenhängen

Auch dieses Argumentationsmuster ist bestens bekannt. Die Ausschreitungen in den Pariser Vororten werden als „Jugendunruhen“ bezeichnet, die dramatisch steigende Kriminalität in den europäischen Städten hat ausschließlich soziale Gründe, den an Abscheulichkeit nicht mehr zu überbietenden Kindes-Mord von Saarbrücken hätte genauso gut ein Deutscher begehen können etc. – das Offensichtliche wird verdrängt und geleugnet, auch wenn die Zahlen und Fakten noch so erdrückend sind. Deshalb sind die linken Gutmenschen mittlerweile jedem autochthonen Gewaltverbrecher für seine Taten dankbar. Auch wenn es immer weniger werden und sie in der Regel weit weniger grausam sind, werden sie zum Relativieren der Gewalttaten von Anhängern der islamischen Ideologie dringend gebraucht. Sie ermöglichen dem linken Gutmenschen anhand von Einzelfällen, der Empirie zum Trotz, die Affinität zu Gewalt, die die islamische Ideologie bei ihren Anhängern fördert, zu leugnen. Seht her, auch der Hans aus Hannover hat jemanden verprügelt. Man erinnere sich nur an den Fall Ermyas M.

4. Täter/Opfer-Umkehr

Wenn Relativieren und Leugnen von Zusammenhängen alleine nicht mehr ausreichen, um eine abscheuliche Tat zu verharmlosen, macht man das Opfer ganz einfach zum Täter. Ein exemplarisches Beispiel hat kürzlich der Feuilleton-Chef der Zeit, Jens Jessen, geliefert. Weil selbst Jessen das Verprügeln eines autochthonen Rentners nicht gut heißen kann und seine Sympathie bzw. sein Verständnis für die Gewalttäter hinter einer kurzen Floskel verstecken muss, hat er den alten wehrlosen Mann und alle anderen „spießigen“ deutschen Rentner kurzerhand zu Tätern gemacht.

[Anzeige](#)



Es muss aber nicht immer diese extrem abstoßende Form sein, es gibt hier verschiedenste Abstufungen. Wobei für linke Gutmenschen die Maxime gilt, dass das deutsche, das rezente jüdische, das autochthone oder ganz allgemein das westliche Opfer immer und zwangsläufig die Hauptschuld trägt. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass die Anhänger der islamischen Ideologie immer und in jedem Fall unschuldig sein müssen. Fast alle Mainstream-Medien halten sich eisern an diese krause Logik, sie hilft den Gutmenschen, ihr anachronistisches Weltbild weiter aufrecht zu erhalten, denn kritische Selbstreflexion und geistige Beweglichkeit sind ihre Sache nicht.

5. Wirkung kommt vor Ursache

Die Umkehrung des kausalen Zusammenhangs funktioniert genauso wie die Täter Opfer Umkehr. All die islamisch motivierten Terroranschläge, Kriege und Gewalttaten sind im Denken der Gutmenschen immer eine Reaktion auf Aktionen des Westens. Sie werden niemals als das begriffen, was sie sind und was im Koran oder in der Charta der Hamas jederzeit nachzulesen ist. Der islamische Imperialismus, wie er seit den Entstehungstagen dieser Ideologie bis heute gepredigt und praktiziert wird, wird von den linken Gutmenschen nicht wahrgenommen. Jeder Krieg, jeder Terroranschlag jede Unruhe wird als singuläres Ereignis betrachtet und interpretiert. Der Terror der Hamas ist eine Reaktion auf die jüdische Unterdrückung, im Irak sind die Gewaltexzesse Folge der amerikanischen Besatzung, in Paris oder Kopenhagen wollen die Randalierer lediglich auf ihre

soziale Situation aufmerksam machen, im Süden Thailands führen die Extremisten einen Befreiungskampf etc.

Den historischen Kontext, die Regel- und Gesetzmäßigkeit bzw. die Zielrichtung all dieser Ereignisse kann, will und darf der linke Gutmensch nicht erkennen. Eines haben all diese Geschehnisse jedoch auch für ihn gemein: Verursacher und Auslöser sind immer die USA, die Juden oder der Neokapitalismus.

Diese Umkehrung von Ursache und Wirkung treibt oft seltsame Blüten. Es kommt immer wieder vor, dass linke Gutmenschen ernsthaft behaupten, dass 9/11 eine Reaktion auf den amerikanischen Afghanistan-Einsatz gewesen sei.

6. Verschwörungstheorien

All die oben beschriebenen Versuche der Gutmenschen, sich und den anderen die Welt schön zu reden und kritische Selbstreflexion und Verhaltensänderungen zu vermeiden, haben zumindest noch einen gewissen Realitätsbezug. Immer öfter verzichten linke Gutmenschen aber auf jedwede Bodenhaftung und versteigen sich in obskure (Welt)Verschwörungstheorien. Und wie könnte es anders sein, im Zentrum dieser Theorien stehen meist die Juden und ihre einzigen Verbündeten, die Amerikaner. Sie verfolgen im Geheimen dunkle Pläne, sind von Grund auf böse und verschlagen und sagen nie was sei meinen. Man bedient sich dabei, bewusst oder unbewusst, an den mittelalterlichen Verschwörungstheorien (Juden als Brunnenvergifter und rituelle Kindesmörder), an dem zaristischen Machwerk „Die Protokolle der Weisen von Zion“ oder am nationalsozialistischen Antisemitismus. Die linken Gutmenschen halten die alte Tradition des Antisemitismus aufrecht.

Mit Zahlen, Fakten und harten Argumenten kommt man gegen die Vorurteile der linken Gutmenschen nicht an. Mit ihrem Einfluss auf Medien, Politik und Justiz haben sie die Deutungshoheit in Europa errungen. Doch die multikulturelle Realität zerstört

immer schneller die linke Idylle. Die Bürger lassen sich immer weniger durch die schöngefärbte Berichterstattung der Medien einlullen. Deshalb auch der Appell des Herrn Schäuble an die Medien, die Realität noch mehr im Sinne der Gutmenschen zu entstellen. Die politische Elite wird langsam nervös, sie wird in nächster Zukunft schärfer gegen all jene vorgehen, die sich nicht dem Multi-Kulti-Diktat unterordnen wollen. Denn vor diesen Leuten haben sie (zu Recht) weniger Angst als vor den Anhängern der islamischen Ideologie. Das Paradoxe an dieser Situation, je mehr sich die Politiker den Moslems anbieten, desto mehr werden sie von diesen verachtet. Wie auch immer, gegen die normative Kraft des Faktischen hat weder die linke Journaille, noch das politische Establishment eine Chance. Das Einzige, was Gutmenschen noch überzeugen kann, ist die direkte und ungeschminkte Konfrontation mit der Realität.

(Gastbeitrag von A. Wappendorf)

SAS Radisson: Kein Platz für Verfolgte



Am 19. Februar [berichtete PI](#) über den Rauswurf des dänischen Karikaturisten Kurt Westergaard aus einem damals nicht näher benannten Hotel. Damals versprachen wir, das Hotel bekannt zu geben, sobald Informationen dazu vorliegen.

Aus einem [Beitrag im Spiegel](#) ergibt sich jetzt, dass es sich um das [SAS Radisson](#) im dänischen Aarhus handelt. Die SAS Hotels sind eine weltweit tätige Kette, die auch in Deutschland zahlreiche Hotels betreibt. Für jeden, der für die Freiheit unserer Zivilisation eintritt, versteht es sich von selbst, nicht in Hotels abzustiegen, die einem von muslimischen Mördern Verfolgten die teuer bezahlte Unterkunft verweigern.

Auf der deutschen Seite der Hotelkette heißt es:

Ihr Feedback ist uns wichtig. Wir möchten wissen, was Sie von unseren Radisson SAS Hotels & Resorts halten.

Dem Wunsch sollten wir zahlreich nachkommen. Es bietet sich die Rubrik: „Andere Erfahrungen, die Sie gemacht haben“ förmlich an.

» [Ihre Meinung zu SAS Radisson Hotels](#)

(Spürnase: Volker)

Update vom 4.3.08: Uns erreichte inzwischen folgende Antwort von der Radisson Hotel-Zentrale in Brüssel:

Datum: Mon, 3 Mar 2008 15:38:48 +0100

Betreff: Ihre Nachricht / Kurt Westergaard

Vielen Dank für Ihre Nachricht, in der Sie auf Kurt Westergaard und unser Hotel in Aarhus Bezug nehmen.

Wie jedes Hotel der Rezidor Hotel Group gewährleistet das Radisson SAS Scandinavia Hotel, Aarhus jede Reservierung in vollem Umfang und gemäß der Allgemeinen Reservierungsbedingungen. Die Buchung von Herrn Kurt Westergaard wurde über das ursprünglich geplante Abreisedatum hinaus sogar um eine volle Woche verlängert. Diese Verlängerung wurde von Seiten des Hotels aus nicht vorzeitig abgebrochen – Herrn Westergaards Abreise fand wie vereinbart am 20. Februar statt.

Die Rezidor Hotel Group ist stolz darauf, dass das Management und Personal des Radisson SAS Scandinavia Hotel, Aarhus gemeinsam mit dem dänischen Polizei-Sicherheitsdienst (PET) die Sicherheit von Herrn Westergaard und seiner Frau für diesen verlängerten Zeitraum gewährleisten konnte. Wir bedauern, dass dieses professionelle Handeln in einigen Medien nicht wahrheitsgetreu wiedergegeben wurde.

Mit freundlichen Grüßen,

Christiane R.

Office of the President & CEO

Director Corporate Communication

www.rezidor.com

The Rezidor Hotel Group S.A.

Avenue du Bourget 44

B-1130 Brussels

Hamburg-Senatorin fordert: Kirchen zu Moscheen



Die parteilose Hamburger Kultursenatorin [Karin von Welck](#) (Foto) möchte [unbenutzte Kirchen gerne als Moscheen nutzen lassen](#). Jeder Abriss sei eine Kapitulation unserer christlichen Gesellschaft, so Welck, die im Mai 2009 auch

Präsidentin des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Bremen ist. Wahrscheinlich ist es besser, aus einem Ort wo Liebe gepredigt wird, einen Ort zu machen, wo Hass gepredigt wird. Hauptsache, es wird gepredigt.

» karin.v.welck@kb.hamburg.de

(Spürnase: [FreeSpeech](#))



Offener Brief des BDB an Erzbischof Zollitsch



In einem offenen Brief an den neuen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch (Foto), hat der [Bundesverband der Bürgerbewegungen](#) dessen Äußerungen zu Moscheebauprojekten ([„Wo Muslime leben, haben sie das Recht, eine Moschee zu bauen“](#)) und zum islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen kritisiert. PI dokumentiert den offenen Brief des BDB im

Wortlaut.

Erzbischof Dr. Robert Zollitsch
Erzdiözese Freiburg
Herrenstr. 35
79098 Freiburg

Wertheim, den 26.02.2008

Offener Brief des BDB an Erzbischof Dr. Robert Zollitsch

Sehr geehrter Herr Erzbischof,

Ihre Äußerungen zum Moscheebau und zum islamischen Religionsunterricht laut WELT-Artikel („Katholische Kirche will Muslimen beim Moschee-Bau helfen“, 15.2.2008) veranlassen uns zu einem kritischen Kommentar.

Mit der Forderung „Wo Muslime leben, haben sie das Recht, eine Moschee zu bauen“ haben Sie die Position der katholischen Kirche bekräftigt. Moscheen dienen vor allem der Verbreitung der Glaubenslehre Mohammeds nach dem Koran, dem unerschaffenen, direkt offenbarten und ewig gültigen Wort Allahs. Bekanntlich sind jedoch zahlreiche Koranverse mit den Grund- und Freiheitsrechten der Bundesrepublik nicht vereinbar. Moscheevereine stehen vielfach in einem Spannungsverhältnis zu unserer Rechtsordnung. So entspreche DITIB „nicht unseren Vorstellungen von Religionsfreiheit“, sagte unlängst sogar der Münchner OB Ude (Süddeutsche Zeitung, 11.2.2008); Milli Görüs wird wie andere vom Verfassungsschutz beobachtet. Die Finanzierung etlicher Moscheen durch Machthaber islamischer Staaten sollte mehr als Ihr „Unbehagen“ wecken, denn sie dient dem Ausbau der Machtstellung des Islams in unserem Staat.

Der Islam strebt nach Expansion und Herrschaft. Zu Recht spricht Ralph Giordano in Bezug auf die in Köln-Ehrenfeld geplante Moschee von „Landnahme“. Großmoscheen mit gewaltigen Minaretten bedeuten nicht nur mangelnde architektonische

Einfügung in die Umgebung, sie sind vor allem Zeichen eines Herrschaftsanspruchs. Die bevorzugte Positionierung von Moscheen gegenüber christlichen Kirchen unterstreicht diesen Anspruch und sollte Sie nachdenklich machen. Zwar beklagen Sie Parallelgesellschaften als integrationswidrig. Diese entwickeln sich jedoch besonders um Moscheen, denn die Alteingesessenen verlassen, wenn möglich, das Umfeld von Moscheen.

Der Herrschaftsanspruch von Moscheen kommt oftmals auch in der Namensgebung zum Ausdruck. So haben viele den Beinamen „Fatih“-Moschee nach Sultan Mehmet II. Fatih, dem Eroberer von Konstantinopel. Auch die große Mannheimer Yavus-Sultan-Selim-Moschee, die wieder gegenüber einer katholischen Kirche steht, trägt den Namen eines kriegerischen Eroberers, der Andersgläubige massenhaft massakrieren ließ. Nach langem Streit sind viele der ursprünglichen Anwohner fortgezogen. Welche „positiven Erfahrungen“ wollen Sie dort eigentlich gemacht haben?

Einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht lehnen wir im Unterschied zu Ihnen ab, auch in deutscher Sprache und von hier ausgebildeten Lehrern. Nur eine neutraler Information dienende Islamkunde können wir befürworten, denn nur so kann eine Indoktrination mit Inhalten des Korans und der Sunna vermieden werden, die von der Religionsfreiheit nicht gedeckt wären.

Der BDB verfolgt mit großer Sorge die Allianz von Kirchen und muslimischen Verbänden für den Moscheebau und die Einführung von islamischem Religionsunterricht. Der Bewahrung unserer Werte und Normen wird damit kein Dienst geleistet.

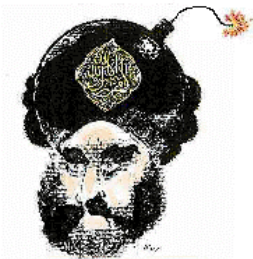
Wir bitten Sie, Ihre Position zu überdenken. Auf Wunsch sind wir auch gerne zu einem persönlichen Gespräch bereit. Über eine kurze Nachricht von Ihnen freuen wir uns.

Mit freundlichen Grüßen

Willi Schwend
(Vorstand BDB)

» Email an die Deutsche Bischofskonferenz: sekretariat@dbk.de

Vatikan mit Uni Kairo in (un)heiliger Allianz?



Gemeinsam mit der El-Azhar Universität in Kairo hat der Vatikan die erneute Veröffentlichung der Mohammed- Karikaturen in europäischen Zeitungen verurteilt. Hat das Christentum generell versagt oder versucht es, angesichts der Bedrohungslage von innen und aussen, sich auf die eigenen Grundwerte zurückzubesinnen?

[Tobias Kaufmann](#) rechnet in seinem Artikel für den [Kölner Stadt-Anzeiger](#) mit Trittbrettfahrern aus dem Vatikan

Vermutlich ist es die Hoffnung auf erfolgreiche Trittbrettfahrerei. Indem die Kirche auf den Zug der islamischen Empörung aufspringt, hofft sie eine Entwicklung rückgängig machen zu können, die fundamentalistischen Christen seit langem ein Dorn im Auge ist: Der Abstieg der Religion und ihrer Institutionen zu einer gleichberechtigten Weltanschauung und Organisation unter vielen. Das Privileg, sich vor Provokationen – und damit im Kern auch vor Kritik – mit Verweis auf die göttliche oder kirchliche Autorität zu

schützen, haben die christlichen Kirchen unwiederbringlich verloren. Aber in Allianz mit dem Islam und mit dem gemeinsamen Verweis auf die verletzten Gefühle der Gläubigen ließe sich ein gewisser Schutzraum zurückerobern.

Diese Taktik sei fatal. Das friedliche Zusammenleben in der multikulturellen Realität könne nur gelingen, wenn die Religion zugunsten des allgemeinverbindlichen säkularen Rechtsraums zurücktrete.

Gemäß dieser Einschätzung hätte Religion generell ausgedient. Die Frage bleibt in dem Zusammenhang jedoch: Was macht dann das „Allgemeinverbindliche“ aus? Ethik und Moral, aber bitte ohne Ethik und Moral?

Religionsfreiheit wird im Bericht folgendermaßen definiert:

Religionsfreiheit bedeutet auch, dass Menschen das Recht haben, frei von Religion zu leben. Warum sollen ausgerechnet Gläubige vor Provokationen geschützt sein? Sind nicht die Empfindungen von Vegetariern genauso wichtig? Sind riesengroße Hamburger-Plakate für diese Menschen nicht entsetzlich? Mit welchem Recht sollen sich Medien über Neonazis lustig machen, wenn sie die Frommen wegen Jesus und Mohammed verschonen? Ist die Meinungsfreiheit nicht verletzt, wenn Journalisten öffentlich über Fußballvereine höhnen, die für viele Menschen das Allerheiligste überhaupt sind?

Der Vatikan begibt sich mit seinem Wunsch nach Beleidigungsschutz auf verdammt dünnes Eis. Demokratie lebt vom institutionalisierten Konflikt, nicht vom verordneten Konsens. Davon profitieren alle, auch die Beleidigten. Denn die Tatsache, dass Provokation erlaubt ist, bedeutet nicht, dass man sie unwidersprochen ertragen muss. Über die Karikaturen lässt sich trefflich streiten – inhaltlich und öffentlich. Treffen ihre Thesen zu? Sind sie gelungen? Ist ihr Anspruch aufrichtig? Oder dienen sie nur dazu, eine Minderheit anzugreifen, die ohnehin einen schweren Stand hat?

„Wer kritisiert, muss ertragen, kritisiert zu werden“. Sehr richtig. Gerade gegen die obige Art der Argumentation sind mehrere Rückfragen zu stellen: Ist ein religiöses System wie das Christentum mit seinen Grundwerten, das die heutige Gesellschaft trotz aller berechtigten Kritik auch erst ermöglicht hat, wirklich nicht mehr als eine „Meinung“? Nicht mehr wert als die Entscheidung darüber ob ich meine Pommes lieber mit Ketchup mag oder mit Mayo?

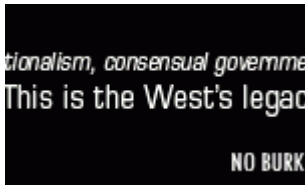
Wenn „Fromme“ auf die gleiche Stufe gestellt werden wie Neonazis und Vegetarier, lässt sich im Gegenteil von einer erschreckenden Wertebeliebigkeit sprechen. Dann sind beispielsweise ungeborene Kinder nicht mehr wert als Salatköpfe ([Peter Singer](#) – Utilitarismus). Wenn Werte und ethische Grundhaltungen nicht in einem positiven den Menschen bejahenden religiösen System rückgebunden sind, besteht eben gerade überhaupt kein Konsens darüber, was als „allgemeingültig“ und „menschlich“ zu gelten hat.

In einem Punkt ist jedoch dem Bericht durchaus Recht zu geben:

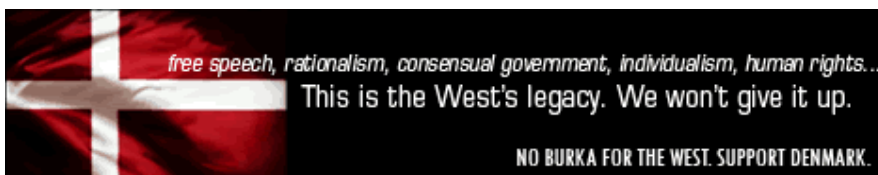
Das gemeinsame Papier katholischer und muslimischer Autoritäten verwechselt Ursache und Wirkung. Die Karikatur des dänischen Zeichners Kurt Westergaard wurde diesen Monat nur deshalb in zahlreichen Zeitungen gedruckt, weil Westergaard Opfer eines Mordkomplotts muslimischer Fanatiker werden sollte. Der Abdruck des Propheten mit der Bombe als Turban war ein Symbol der Solidarität, keine platte Provokation.

Ebenfalls Interessant: Auf der Seite des *Kölner Stadt-Anzeigers* ist die verbotene Karikatur selbst zu bewundern. Also doch eine deutsche Zeitung, die sie abdruckt, wenn auch nur als Kritik an der Kritik.

(Spürnasen: Denker, Honigbaer und Sucher)



Dänemarks Fahne: Symbol der westlichen Freiheit



In Dänemark hat die einstmals liberale Einwanderungspolitik zwangsläufig gewaltige Änderungen in der Regierung und eine Null-Toleranz-Haltung gegenüber der Absicht von Moslems, Dänemark zu einem islamischen Wohlfahrtsparadies zu machen, nach sich gezogen. Die Amerikanerin Susan MacAllen von [Family Security Matters](#), beschreibt, was die USA daraus lernen kann (lässt sich aber auch durchaus auf Deutschland projizieren).

(Übersetzung: [Eisvogel](#))

Von 1978 bis 1979 lebte und studierte ich in Dänemark. Aber damals sah man keine islamischen Einwanderer – nicht einmal in Kopenhagen. Die dänische Bevölkerung nahm Besucher herzlich auf, freute sich über Exotisches und beschützte alle ihre Bürger. Sie waren stolz auf die neue Form sozialistischen Liberalismus', der sich bei ihnen entwickelte seit die Konservativen 1929 die Macht verloren hatten – ein System, in dem kein Arbeiter ums tägliche Überleben kämpfen musste und in dem man sich letzten Endes immer auf den Staat verlassen konnte, möglicherweise mehr als in jeder anderen westlichen Nation damals.

Das übrige Europa betrachtete die Skandinavier als

freidenkend, progressiv und unendlich großzügig in ihrer Sozialpolitik. Dänemark hatte eine geringe Kriminalitätsrate, war umweltbewusst, hatte ein überlegenes Bildungssystem und konnte auf eine Geschichte humanitärer Einstellung zurückblicken.

Dänemark war auch höchst großzügig bei seiner Einwanderungspolitik – es bot dem Neueinwanderer den besten Empfang in ganz Europa: großzügige Sozialleistungen vom Tag der Ankunft an plus zusätzliche Vergünstigungen bei öffentlichem Verkehr, Wohnung und Bildung. Es war fest entschlossen, der Welt ein Musterbeispiel an Eingliederung und Multikulturalismus zu sein.

Wie hätte man voraussehen können, dass eines Tages im Jahr 2005 eine Reihe politischer Karikaturen in einer Zeitung Gewalt hervorrufen würde, die Dutzende von Toten auf Straßen forderte – und das alles nur weil Dänemarks Hingabe an Multikulti sich als etwas erweisen würde, das sich umdreht und zubeißt?

In den neunziger Jahren wurde die wachsende Moslembevölkerung in den Städten sichtbar – und deren Unwilligkeit, sich in die dänische Gesellschaft zu integrieren, ebenfalls. Die Einwanderer vieler Jahre hatten sich in abgesonderten islamischen Enklaven niedergelassen. Als die Führerschaft der Moslems immer deutlicher das ansprach, was in ihren Augen die Dekadenz des liberalen dänischen Lebensstils war, fingen die Dänen – die einst so einladend waren – an, sich gekränkt zu fühlen. Viele Dänen hatten angefangen, den Islam als inkompatibel mit ihren langjährigen Werten zu sehen: dem Glauben an die persönliche Freiheit und Redefreiheit, an Gleichheit für Frauen, an Toleranz für andere ethnische Gruppierungen, und an einen tiefempfundenen Stolz auf das Erbe und die Geschichte Dänemarks.

Die *New York Post* veröffentlichte 2002 einen Artikel von Daniel Pipes und Lars Hedegaard, in dem diese exakt das

zunehmende Migrantenproblem voraussagten, das in Dänemark explodieren sollte. In dem Artikel schrieben sie:

- Immigranten aus der Dritten Welt, die meisten von ihnen Moslems, bilden fünf Prozent der Bevölkerung, erhalten aber über 40 Prozent der Sozialausgaben.
- Moslems stellen nur vier Prozent von Dänemarks 5,4 Millionen Menschen, machen aber eine Mehrheit der verurteilten Vergewaltiger des Landes aus, ein besonders brisanter Tatbestand, da praktisch alle weiblichen Opfer nicht moslemisch sind. Ähnlich, wenn auch nicht in einem ganz so ausgeprägten Missverhältnis, sieht es auch bei anderen Formen der Kriminalität aus.
- Eine jüngere Umfrage ergab, dass nur 5 Prozent der jungen islamischen Einwanderer bereit wären, einen Dänen bzw. eine Dänin zu heiraten.
- Zwangsehen – in Dänemark neu geborene Töchter männlichen Vettern im Heimatland zu versprechen und sie dann zur Heirat zu zwingen, manchmal unter Todesdrohung – sind ein Problem.
- Islamische Führer erklären offen die Einführung des islamischen Rechts als ihr Ziel, so bald Dänemarks islamische Bevölkerung weit genug angewachsen ist – was in nicht allzu ferner Zukunft liegt. Wenn die derzeitigen Trends anhalten, schätzt ein Soziologe, wird in 40 Jahren jeder dritte Einwohner Dänemarks ein Moslem sein.
- Es ist nicht schwer zu verstehen, warum eine immer größere Zahl von Dänen das Gefühl hatte, dass die islamischen Einwanderer wenig Respekt für dänische Werte und Gesetze zeigen.
- Ein Beispiel ist das Phänomen, das auch in anderen europäischen Ländern und den USA bekannt ist: Manche Moslems in Dänemark, die sich entschlossen, dem islamischen Glauben den Rücken zu kehren, sind im Namen des Islam ermordet worden,

während andere in Todesangst versteckt leben müssen. Juden werden ebenfalls von islamischen Führern in Dänemark offen bedroht und schikaniert, und das in einem Land, in dem es einstmals den christlichen Bürgern gelang, fast alle ihrer 7.000 Juden über Nacht nach Schweden in Sicherheit zu bringen – bevor die Nazis einmarschierten. Ich denke an meine dänische Freundin Elsa – die als junges Mädchen jeden Morgen unter Angst die Straße zum Bäcker unter den Augen der Besatzungssoldaten der Nazis überquerte – und ich frage mich, was sie wohl heute sagen würde.

2001 wählten sich die Dänen die konservativste Regierung seit rund 70 Jahren – eine, die entschieden nicht-großzügige Vorstellungen zu liberaler unbegrenzter Einwanderung hatte. Heute hat Dänemark die strikteste Einwanderungspolitik in Europa (seine Bemühungen um Selbstschutz wurden von der linksliberalen Presse überall in Europa mit „Rassismus“-Anschuldigungen quittiert – obwohl auch andere Regierungen darum kämpfen, die sozialen Probleme in den Griff zu bekommen, die aus Jahren der zu lockeren Einwanderungspolitik entstanden sind).

Wenn man Däne werden will, muss man drei Jahre Sprachunterricht nehmen. Man muss einen Test über dänische Geschichte und Kultur sowie einen dänischen Sprachtest ablegen. Man muss sieben Jahre in Dänemark gelebt haben, bevor man die Staatsbürgerschaft beantragen kann. Man muss Arbeitswilligkeit nachweisen und zumindest einen Arbeitsplatz in Aussicht haben. Wenn man einen Ehepartner nach Dänemark nachholen will, müssen beide über 24 Jahre sein, und man wird es nicht mehr ganz so leicht dabei haben, Freunde und Familie nachzuholen.

Man darf keine Moschee in Kopenhagen bauen. Und obwohl Kinder eine Auswahl an rund 30 Schulen haben, in denen arabische Kultur und Sprache gelehrt wird, werden sie stark ermutigt, sich in die dänische Gesellschaft zu assimilieren, wie es bei früheren Einwanderern nicht gemacht wurde.

2006 sprach der dänische Arbeitsminister Claus Hjort Frederiksen öffentlich von der Last, die islamische Migranten für das Sozialsystem darstellen, und die ist erschreckend: Ein Sozialausschuss der Regierung hat berechnet, dass, wenn die Einwanderung aus Drittweltländern gestoppt werden würde, 75 Prozent der Einschnitte, die dafür gebraucht werden, um das gigantische Sozialsystem aufrecht zu erhalten, überflüssig wären. In anderen Worten: Das existente Sozialsystem wurde von Migranten in einem Ausmaß ausgenützt, das schließlich den Bankrott der Regierung bedeuten könnte.

„Wir sind schlicht und einfach gezwungen, unsere Einwanderungspolitik zu ändern. Die Berechnungen des Einwanderungsausschusses sind schockierend und zeigen, wie wenig erfolgreich die Integration der Einwanderer bisher war“, sagte er.

Ein großer Dorn im Auge von Dänemarks Imamen ist die Ministerin für Einwanderung und Integration Rikke Hvilshøj. Sie hält mit ihrer Einstellung zu der neuen Einwanderungspolitik nicht hinter den Berg:

„Die Zahl der Einwanderer, die in ein Land kommen, ist das Entscheidende“, sagte Hvilshøj, „es existiert eine umgekehrte Korrelation dazwischen, wie viele kommen und wie gut wir diejenigen Ausländer, die kommen, aufnehmen können.“

Und dazu, dass Moslems zeigen müssen, dass sie gewillt sind, sich anzupassen, sagte sie:

„In meinen Augen sollte Dänemark ein Land mit Raum für verschiedene Kulturen und Religionen sein. Manche Werte sind allerdings wichtiger als andere. Wir weigern uns, Demokratie, Gleichberechtigung und Redefreiheit in Frage zu stellen.“

Hvilshøj hat einen Preis dafür bezahlt, dass sie Rückgrat gezeigt hat. Möglicherweise um ihre Entschlossenheit zu

testen, hat der führende radikale Imam in Dänemark Ahmed Abdel Rahman Abu Laban von der Regierung gefordert, Blutgeld an die Familie eines Moslems zu zahlen, der in einem Vorort Kopenhagens ermordet worden war. Er behauptete, dass der Rachedrust der Familie mit Geld gestillt werden könne. Als Hvilshøj diese Forderung zurückwies, sagte er, dass solche Vergeltungszahlungen in der islamischen Kultur üblich wären, worauf Hvilshøj antwortete, dass das, was in einem islamischen Land gemacht wird, nicht unbedingt auch in Dänemark gemacht wird.

Die Antwort der Moslems folgte auf dem Fuß: Ihr Haus wurde angezündet, während sie, ihr Mann und ihre Kinder schliefen. Es gelang allen, unverletzt zu entkommen, aber sie und ihre Familie mussten an einen geheimen Ort gebracht werden und sie und andere Minister bekamen auch zum ersten Mal Leibwächter – und das in einem Land, in dem einst mörderische Gewalt so selten war.

Ihre Regierung ist nach rechts gerutscht, ihre Grenzen sind enger geworden. Viele glauben, dass das, was in den nächsten zehn Jahren passieren wird, entscheidend dafür sein wird, ob Dänemark als eine Bastion guten Lebens, humanitären Denkens und sozialer Verantwortung überleben wird oder ob es zu einem Land im Bürgerkrieg mit Scharia-Befürwortern wird.

Und in der Zwischenzeit rufen auch Amerikaner nach einer strikteren Einwanderungspolitik und fordern ein Ende staatlicher Wohlfahrtsprogramme, die es vielen Einwanderern erlauben, auf Kosten der Allgemeinheit zu leben. Wenn wir in Amerika auf die Moslem-Enklaven in unserer Mitte blicken und diejenigen sehen, die viel zu leicht an unseren Küsten landen, von unseren Steuergeldern leben und sich doch weigern, unsere Kultur anzunehmen, an unserem Rechtssystem teilzuhaben, unsere Gesetze einzuhalten, unsere Sprache zu sprechen und unsere Geschichte zu schätzen ... täten wir gut daran, nach Dänemark zu blicken und für seine Zukunft und unsere eigene ein Gebet zu sprechen.



GfbV entfernt Taliban aus Liste bedrohter Völker



Auf den PI-Beitrag [„Bedrohtes Volk: Taliban“](#) und die Proteste unserer Leser hat die GfbV schnell reagiert: die Taliban wurden aus der [Liste](#) der bedrohten Völker entfernt. Die Seite, auf die der Link führte, befindet sich allerdings [immer noch](#) auf der Homepage der „Gesellschaft für bedrohte Völker“...

13 Uhr-Screenshot der GfbV-Homepage

UPDATE: Tilman Zülch, der Generalsekretär der Gesellschaft für bedrohte Völker, übermittelte uns die folgende Stellungnahme:

Kommentar der Gesellschaft für bedrohte Völker zu Ihrem Beitrag „Bedrohtes Volk – Taliban“

Sie haben auf unserer Homepage eine Liste entdeckt, die mir unbekannt war und unter hunderten von dort als „bedrohte Völker“ eingetragenen Eigennamen, den der Taliban, entdeckt. Die Taliban sind eine terroristische, islamistische

Organisation, die für unzählige Kriegsverbrechen verantwortlich ist und mit der Al-Quida verbündet, offensichtlich für viele Terrorakte, auch außerhalb Afghanistans, verantwortlich ist.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat niemals die Taliban unterstützt, ihre Untaten relativiert, tabuisiert oder verschwiegen. Die genannte Liste ist mitnichten eine Zusammenstellung bedrohter, religiöser oder ethnischer Minderheiten, sondern ein Schlagwortverzeichnis von irgendwelchen Termini, die in unseren Publikationen vorkommen. Wenn Sie nämlich auf das Wort Taliban klicken, dann stoßen Sie zu entsprechenden Publikationen. Diese Art von Verlinkung ist fehlerhaft und darf so nicht sein. Seit der Umgestaltung unserer Homepage im vergangenen Jahr sind technische Fehler immer wieder aufgetreten.

Die zuständige Firma für die technische Umsetzung wird umgehend informiert, mit der Bitte die Verlinkung der Schlagwörter nicht über den Button „bedrohte Völker“ zu setzen.

Da die Arbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker weithin bekannt ist und der Kommentator sich nicht einmal die Mühe gemacht hat, mit dem „Schlagwort“ Taliban die entsprechenden Afghanistan-Beiträge und Publikationen einzusehen, gibt das auch Auskunft über die Qualität eben jenes Kommentators. Um GfbV-Position zu Afghanistan ganz kurz zu skizzieren, sei hier angedeutet, dass wir während der sowjetischen Aggression mit den liberaleren Teilen des Widerstandes zusammengearbeitet und diese unterstützt haben. Besonders eng war die Zusammenarbeit mit der Hamburger Organisation „KUPFA“ (nennt sich heute „KUFA“). Wir haben uns dann eindeutig gegen die Taliban gewandt und unterstützen inzwischen die moderneren Bewegungen in Afghanistan und unterstützen die „KUFA“ in Hamburg weiter.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker ist niemals durch

strammen anti-israelische Stellungnahmen aufgetreten. Vielmehr ist ihr immer wieder vorgeworfen worden, dass sie sich nicht genügend für die Palästinenser eingesetzt hat. Die GfbV hat vielmehr auch arabischen Bewegungen vorgeworfen, dass größere Teile von ihnen den Völkermord Saddam Husseins an den Kurden unterstützt oder dazu geschwiegen haben. Sie war eine der ganz wenigen Organisationen, die 40 Jahre lang für den Kampf der kurdischen demokratischen Partei im Irak und den Widerstand der Südsudanesen, der Nuba und heute der Darfuris eingetreten ist und unzählige Initiativen, Kampagnen und humanitären Aktionen für diese realisiert hat. Während des ersten Golfkrieges, als Israel mit Scut-Raketen angegriffen worden ist, war die GfbV vor Ort in Jerusalem und hat eine internationale Pressekonferenz organisiert, einmal mehr auf die Beteiligung deutscher Firmen am Bau der irakischen Scut-Raketen und der irakischen Giftgas-Industrie hingewiesen und die Verbrechen an Kurden und assyrischen Christen dort dokumentiert.

Im Übrigen, tritt die Gesellschaft für bedrohte Völker dafür ein, die USA und Israel ebenso da zu kritisieren, wo diese Kritik berechtigt ist und ihre Politik da zu unterstützen, wo sie sich an Menschen- oder Minderheitenrechten orientieren. Anti-Islamische kollektive Agitation lehnen wir ab und erinnern daran, dass der erste Genozid seit den 50-er Jahren in Europa an den bosnischen Muslimen verübt wurde. Diesem Völkermord haben große Mehrheiten der Europäischen Linken, der Parteien und Regierungen zugesehen. Nie wieder Völkermord, nie wieder Kriegsverbrechen, nie wieder Massenvertreibung, nie wieder Vergewaltigungs- und Konzentrationslager sind die ganz realen Forderungen unserer Menschenrechtsorganisation.

Tilman Zülch

Generalsekretär der Gesellschaft für bedrohte Völker

Koran- und Scharia-Kunde für britische Polizisten



Dass man sich stets weiterbilden muss, ist heutzutage fast in jeder Branche so. Ganz besonders betroffen sind von diesen Anpassungsmaßnahmen aber britische Bobbys. Sie müssen sich jetzt schon mit Koran und Scharia auskennen, um der Terrorgefahr in ihrer Heimat etwas entgegensetzen zu können. Wären die „friedlichen Zuwanderer“ nur halb so anpassungs- und lernwillig wie die einheimischen „Freunde und Helfer“, würde es gar keine Antiterrormaßnahmen brauchen.

Wie [Daily Mail](#) und [Akte Islam](#) berichten, hat die britische Polizeiführung mitgeteilt dass ihre Polizisten künftig Koranunterricht nehmen und auch die Grundzüge des islamischen Rechts erlernen müssen. Damit soll zum einen das Verständnis für die Muslime und ihre Parallelgesellschaften gefördert und zum anderen der islamische Terrorismus bekämpft werden.

Der Hauptkritikpunkt: Die Zerteilung des Landes könnte durch diese Maßnahmen nur noch mehr gefördert werden. In Großbritannien gilt britisches Recht immer noch höher als die Scharia. Dennoch sollen die Polizisten sich mit der islamischen Kultur vertraut machen. Dieser Plan ist nichts weiter als „politisch korrektes Denken“, sagen die Gegner.

Philip Davies, ein konservativer Parlamentsabgeordneter aus

Shipley, meint dazu:

„Die Polizisten sind nicht dazu da, die Scharia durchzusetzen. Sie sind dazu da, britisches Gesetz durchzusetzen. Diese Idee ist völlig verkehrt. Wir werden es nur zu einem Zusammenhalt der Gesellschaft bringen, wenn alle sich dazu verpflichten, britisch zu sein und britisches Gesetz zu befolgen.“

Ein politisch inkorrektter Daily Mail-Kommentar ergänzt:

„Unsere Cops müssen nicht das Recht der Moslems lernen – die Moslems müssen vielmehr unser britisches Recht lernen.“

Ein anderer fügt hinzu:

„Noch mehr PC-Gehirnwäsche für politisch Korrekte.“

(Spürnasen: Thomas B. und Thomas D.)

Armee Allahs rüstet zum Krieg gegen Israel



Die vom Iran mit Geld und Waffen unterstützte schiitische

Terrormiliz Hisbollah (Partei Allahs) rüstet nur 15 Kilometer von der israelischen Grenze entfernt zum Vernichtungskampf gegen die Juden. Hassan Nasrallah verkündete wörtlich: „Zionisten, wenn ihr einen offenen Krieg wollt, dann soll es die ganze Welt hören: Lasst uns offen Krieg führen.“

[Die Welt](#) berichtet über das Hisbollah-Rüstungsprojekt irgendwo mitten im libanesischen Kieferndickicht. Aus libanesischer Sicht wird die „Wahrheit“ nämlich so gedreht, dass die Hisbollah-Widerstandskämpfer während des Krieges im Sommer 2006 den israelischen Angriffen 34 Tage lang widerstanden hätten.

Die Friedensmission Unifil will denn auch von allem nichts wissen. Milos Strugar, der Unifil-Direktor für politische Angelegenheiten, sagt:

„Der Südlibanon ist stabil, die Lage ist sehr ruhig. Uns liegen keine Beweise vor, dass neue Waffen in die Region gebracht werden.“

Dennoch festigt die Hisbollah völlig unbehindert von allen UNO Blauhelmen rund 15 Kilometer von der israelischen Grenze entfernt ihre Stellungen. Die wachsende Präsenz der Schiitenmiliz fällt zudem mit einer ganzen Reihe iranischer Bauprojekte – Infrastruktur und Straßen – zusammen.

Der Iran erklärt seinen Einsatz als Wiederaufbauhilfe nach dem Krieg 2006. Doch die Gegend gilt als Umschlagplatz für die Waffen, die der Iran über Syrien einschmuggeln lässt. Sattam Abu Zeid, der Ortsvorsteher schiitischen Dorfes Kfar Roumanneh strahlt vor Begeisterung:

„Die Iraner leisten großartige Arbeit; so etwas haben wir überhaupt noch nicht gesehen.“

Im christlichen Bergdorf Aishin machen sich die ortsansässigen Christen zwar durchaus Sorgen, welche Absichten der Iran

verfolgt mit seinen Straßenbauprojekten verfolgt.

„Aber was sollen wir schon dagegen tun? Wir freuen uns einfach über die Hilfe, die wir bekommen.“

Lokalpolitiker François Helou aus Jezzine spricht bereits vom „Staat Hisbollah“:

„Qutrani ist der Kern einer künftigen schiitischen Stadt. Wir leben in einem Landstrich, der den Südlibanon von der Bekaa-Ebene im Osten trennt. Nun baut die Hisbollah einen Korridor zwischen ihren Machtzonen. Danach ergeben beide Gebiete zusammen den Staat Hisbollah.“

Die Gefahr einer Eskalation ist durch den [Tod von Hisbollah-Militärchef Imad Mughniya](#) noch einmal drastisch angestiegen. Der Massenmörder, der fast so viele Amerikaner und Israelis auf dem Gewissen hat wie Osama Bin Laden wird im Libanon als Märtyrer verehrt.

(Spürnase: kurnass)

Ohweh! Türken beleidigt!



Auch das noch! In Remscheid (NRW) sind die Türken beleidigt. Schuld ist ein widerborstiger

Schuldezernent, der auch muslimischen Mädchen das Schwimmen beibringen will und sich dabei auf von Menschen gemachte Gesetze beruft. Außerdem warnt er vor einer schleichenden Islamisierung. Besser haben es da die Cousins und Cousinen im benachbarten Solingen. Dort machen sie direkt eine eigene Schule auf. Und mit der neuen Moschee geht es auch voran.

Aus Remscheid [meldete die Rheinische Post](#) bereits Ende Januar folgenden Skandal ([PI berichtete](#)):

Vertreter der (türkischen) Union der Vereine zeigten sich am Wochenende bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden des Migrationsausschusses, Luigi Costanzo, empört über die Äußerung des Schuldezernenten, Dr. Christian Henkelmann, wer anatolische Verhältnisse wünscht, solle seine Koffer packen. „Diese Formulierung wurde heftig kritisiert“, berichtete Costanzo. Er hatte die Zusammenkunft vor längerer Zeit anberaumt, um verschiedene Themen anzusprechen. Auslöser des Streits ist ein Antrag von Eltern eines elfjährigen muslimischen Mädchens auf Befreiung vom schulischen Schwimmunterricht – „aus religiösen Gründen“ (BM berichtete).

Für den Vorsitzenden der Union, die rund 60 Prozent der türkischen und türkischstämmigen Bürger vertritt, Nevzat Akbulut, war der Kommentar Henkelmanns der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. „Erst die Forderungen Roland Kochs zum Thema Jugendkriminalität bei Ausländern und jetzt diese Aussagen – das ist zu viel.“ Henkelmanns Satz sei von Menschen aus Anatolien als „Beleidigung“ empfunden worden. Man erwarte eine Entschuldigung.

Henkelmann hatte im Zusammenhang mit vermehrten Anträgen auf Befreiung vom Schwimmen in leichter, aber blickdichter Badekleidung auch vor einer „schleichenden Islamisierung in der Gesellschaft“ gewarnt. Die Entscheidung der Realschule, den Antrag abzulehnen, hatte er mit dem Hinweis auf den schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrag klar verteidigt.

Die Vertreter der türkischen Vereine – vom türkischen Kulturverein über die Diyanet-Moschee bis zu Milli Görüs – hätten sich einen inhaltlichen sachlichen Dialog gewünscht statt solcher „diskriminierender Äußerungen“, gab Akbulut die Stimmung auf der Versammlung wieder. Er wünsche sich dennoch Gespräche, „um einen Kompromiss zu suchen“.

Viel besser haben es die Türken im benachbarten Solingen. Nachdem dort vor 15 Jahren mehrere Mitglieder einer türkischen Familie bei einem Brandanschlag ums Leben kamen, ist mit Widerspruch gegen türkische Wünsche nicht mehr zu rechnen. Ein guter Standort für eine neue, rein türkische Privatschule, von der jetzt ebenfalls die [Rheinische Post berichtet](#):

Von der Finanzierung bis zur Frage, ob auf Deutsch oder Türkisch unterrichtet wird – das Konzept der neuen Privatschule liegt beim Spektrum Bildungs- und Dialogverein mit Sitz an der Goerdelerstraße, bereits fix und fertig auf dem Tisch. „Wenn wir das Gebäude haben, können wir loslegen“, berichtet Vorsitzender Necattin Topel unserer Zeitung. Sogar erste Lehrer sind bereits gefunden. „Aus der Türkei wollen wir aber keine Lehrer holen“, sagt der 38-jährige Merscheider Apotheker.

Nach den Sommerferien sollen die ersten Kinder türkischer Herkunft in dem dann frei werdenden Schulgebäude der Hauptschule Mangenberg unterrichtet werden. „Wir planen ein privates Gymnasium und eine private Realschule.“ Es soll eine jeweils einzügige Ganztagschule werden.

Vor über einem Jahr ist der Antrag bereits bei der Bezirksregierung gestellt worden. Eigentlich wollte Spektrum schon im vergangenen Sommer mit dem Unterricht beginnen. Wegen des fehlenden Schulgebäudes war das nicht möglich. Jetzt ist das anders. Der Bildungs- und Dialogverein, dessen Vorstand aus sieben türkischstämmigen Männern besteht, will keine weitere Zeit verlieren und forciert den Beginn in

Mangenberg, obwohl dort ein Jahr später das Lehrerseminar einzieht. Dann soll die neue Privatschule entweder in dem frei gewordenen Lehrerseminar-Gebäude Nibelungenstraße oder in die Carl-Ruß-Schule, Elsa-Brändström-Straße, umziehen, die ja ebenfalls verlagert werden soll.

„Beide Gebäude wären für uns geeignet. Wir bewerben uns“, sagt Topel. Vermieten muss Solingen dem Verein die Immobilie nicht. „Wir wollen das Gebäude auch kaufen.“ Auf die Frage, woher das Geld komme, sagt der Apotheker: „Wir haben in unserem Verein viele Geschäftsleute, die aus dem Solinger Raum stammen. In dem Projekt steckt unser Herzblut. Bildung ist die Voraussetzung für Integration.“

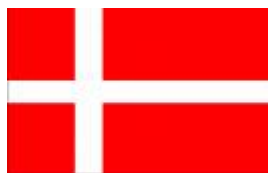
Allerdings dürfte die Schule ausschließlich mit Kindern türkischer Herkunft starten. Jeweils rund 15 dieser Kinder für den Gymnasial- und den Realschulzweig stehen nach Topels Worten auf der Anmeldeliste. Die Hälfte kommt aus Solingen, andere aus Remscheid, Hilden, Wuppertal, Haan und sogar aus Düsseldorf.

Auch mit der neuen Moschee im Solinger Stadtteil Wald geht es jetzt voran ([PI berichtete](#)). Nachdem das eigens zu diesem Zweck erfundene Problem der Parkplätze, zudem noch unter großzügigem Entgegenkommen der Bauherrn, „gelöst“ werden konnte, gibt es keinen vernünftigen Grund mehr, dem Umzug der DITIB-Moschee in ein großes Haus im Zentrum des Ortsteiles zu widersprechen. Zumal die Türken auch auf billige Tricks nicht hereinfallen.

Wie uns Anwohner des betroffenen Stadtteils berichten, ist das Zentrum von Wald schon heute durch reichlich herumhängende Jungtürken kulturell bereichert. Um die ständigen Belästigungen zu mindern, habe die Stadt eigens ein etwas abseits gelegenes Jugendzentrum eingerichtet, mit dem die Pöbler aus dem Zentrum gelockt werden sollten. Bedauerlicherweise haben die Türken die List durchschaut und

das Angebot nicht angenommen. Es zieht sie nunmal mehr ins Zentrum. Wo demnächst ihre Moschee steht. Was will man machen. Sonst sind sie am Ende wieder beleidigt.

Dänemark wehrt sich



Eine große Klappe kann teuer zu stehen kommen. Das muslimische Regime im Sudan hat jetzt 268 Millionen Euro Schulden mehr auf dem Konto, nachdem Dänemark den bereits angekündigten Schuldenerlass für den Steinigerstaat zurückgezogen hat. Hintergrund sind Massendemonstrationen gegen die Neuveröffentlichung der Mohammed-Karikaturen, bei denen die sudanesisische Regierung ein Einfuhrverbot für dänische Waren verkündet hatte.

[Der Standard](#) berichtet:

Dänemark hat im Streit um die Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen einen angekündigten Schuldenerlass für den Sudan wieder gestrichen. Entwicklungshilfeministerin Ulla Törnäs sagte am Donnerstag in Kopenhagen im Fernsehen, die Zusage eines Schuldenerlasses über zwei Milliarden Kronen (268 Millionen Euro) werde zurückgenommen. Dänemark reagiert damit auf einen Handelsboykott des Sudans gegen das Land.

Viele Deutsche würden es wohl gerne sehen, wenn sich Deutschland solidarisch an die Seite unserer Nachbarn stellen würde. Bedauerlicherweise sind wir aber mit einer

Entwicklungshilfeministerin gestraft, die sich eher [den Feinden der Freiheit verbunden](#) fühlt. Bleibt die Möglichkeit, beim Einkauf bevorzugt dänische Produkte zu wählen. Neben Milchprodukten freuen sich Kinder, Neffen, Nichten und Enkel immer über eine Ergänzung ihrer Legokästen! Solange die rote Heidi das noch nicht verbietet.

Da die dänische Nationalhymne gute Chancen hat, zur europäischen Freiheitshymne zu werden, sollte man sich schon einmal mit Text und Melodie vertraut machen. Miriam Jul Rasmussen zeigt uns, wie's geht:

Um die mutigen Dänen zu unterstützen, unterschrieben Sie die [Petition von SIOE Dänemark](#):

Zum Unterschreiben der Petition hier klicken

[Bisherige Unterschriften](#)

(Spürnasen: xyxx, Karsten, Video: Fingerzeig)



Bedrohtes Volk: Taliban



Die Gesellschaft für bedrohte Völker fiel schon in der Vergangenheit des öfteren durch stramm antiisraelische Stellungnahmen auf. Unter der großen Überschrift „Für Menschenrechte. Weltweit.“ findet sich auf der [Homepage der Gesellschaft](#) eine Liste der nach ihrer Meinung bedrohten Völker. Unter Buchstaben „T“ jetzt auch: Taliban.

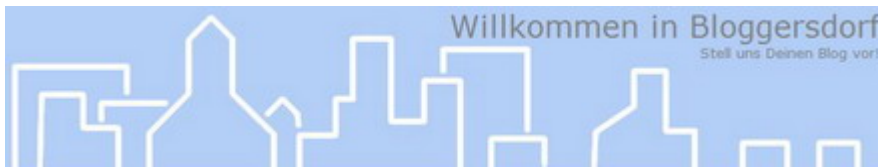
Die Taliban, Schüler radikal-islamischer Terrorschulen in Pakistan, hatten in Afghanistan den schlimmsten Steinigerstaat des 20. Jahrhunderts errichtet. Hinrichtungen in Sportstadien, Steinigung und Entrechtung von Frauen, Schulverbot für Mädchen, Bartpflicht für Männer, striktes Musikverbot und Misshandlung der Bevölkerung auf offener Straße scheinen den Menschenrechtsaktivisten der GfbV so wichtige Kulturgüter zu sein, dass sie die Terrororganisation, die mit blutigen Anschlägen um die Wiedererlangung der Macht kämpft, jetzt sogar zum „bedrohten Volk“ erklären. Fragen dazu?

» [Email an die GfbV](#)

(Spürnase: Wolf)

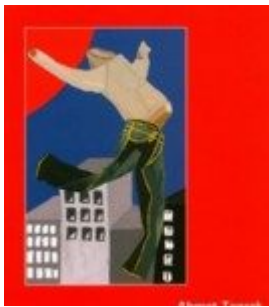


PI in Bloggersdorf



David von

bloggersdorf.com stellt regelmäßig Blogs aller Couleur vor. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Blogs bekannt oder unbekannt, neu oder alt sind. Wichtig ist für ihn nur eine Bedingung: Interessanter Inhalt, die Würze macht die Suppe. [Da darf natürlich PI nicht fehlen...](#)



Der Frau steht es nicht zu, Lust zu empfinden



In dem Buch [„Das schwache Geschlecht – die türkischen Männer. Zwangsheirat, häusliche Gewalt, Doppelmoral der Ehre“](#) befasst sich Autor Ahmet Toprak mit der Rolle der

Frau, wie sie von islamisch geprägten türkischen Männern gesehen wird. Er befragte für seine Arbeit 15 türkische Männer, die in Deutschland geboren und/oder aufgewachsen sind, sich für die Ehe aber eine Importbraut durch die Eltern auswählen ließen. Das Ergebnis ist grauenvoll.

Die Männer und ihre Familie leben völlig in den traditionellen Strukturen, nehmen sich alle patriarchalischen Freiheiten, gehen verantwortungslos mit der westlichen Freiheit um und unterdrücken, misshandeln und vergewaltigen ihre Frauen – mit dem Gefühl, hier völlig im Recht zu sein. Bleibt die Frage: Was sollen alle Integrationsbemühungen – wenn die Menschen sich jedem Integrationsversuch massiv widersetzen?

Der Literaturkritiker Rolf Löchel [schreibt](#):

hat er fünfzehn in Deutschland lebende junge türkischstämmige Männer „aus bildungsfernen Familien, die aus dem ländlich geprägten Teil der Türkei eingewandert waren“ und durch ein „Arrangement der Eltern“ verheiratet wurden, interviewt. Von den Familien, genauer gesagt den Vätern, waren stets Frauen aus den Heimatdörfern der Eltern oder deren „nähere[r] Umgebung“ ausgesucht worden. Ein weiteres Auswahlkriterium für die Aufnahme der Probanden bestand darin, dass diese ihre Frauen vor der Ehe noch nicht gekannt hatten.

(...)

Da die jungen Frauen, aber auch die zu verehelichenden Männer öfter nicht miteinander verheiratet werden wollen, ist die Anwesenheit der Eheleute bei der Hochzeit in den ländlichen Gebieten, aus denen die Interviewten stammen, gar nicht erst notwendig. Es genügt, dass jemand dem Imam, der die Ehe schließt, bezeugt, die beiden wollten heiraten. Als angeblicher Grund für die Abwesenheit der Braut wird meist eine Erkrankung vorgeschoben, da andernfalls deutlich würde, dass sie die Ehe verweigern möchte und ihren Eltern nicht gehorcht, was als Schande gelten würde. Zwar wissen alle

Betroffenen um den wahren Grund ihrer Abwesenheit, doch da er nicht offen ausgesprochen wird, bleibt die Familien'ehre' unberührt. (...)

So kulminiert das Gewaltverhältnis zwischen den Ehegatten denn auch in sexueller Gewalt und in Vergewaltigung. Zwar nennen die Interviewten zahlreiche Situationen, in denen sie ihre Frauen schlagen wie etwa, dass sie ihnen oder ihrem Vater widersprechen, im Grunde müssen die Frauen immer damit rechnen verprügelt zu werden, wenn sie sich den Männern gegenüber nicht so verhalten wie es von ihnen erwartet wird, nämlich „schamhaft, loyal und gehorsam“. Am häufigsten und am übelsten ist jedoch die Gewalt, die den Frauen von den Männern im Ehebett angetan wird.

Dass fängt auch schon mal am Tag der Hochzeit an. So berichtet einer der Männer: „Dann war in der Nacht Hochzeitsnacht. Dann bin ich in Zimmer rein. Meine Frau war schon im Zimmer [...] Ja, das ist so. Die Frau geht zuerst ins Zimmer und wartet, bis der Mann kommt. Das ist immer so. Die Frau geht zuerst, dann kommt der Mann. Ja, sie saß halt auf dem Bett. Ich bin rein, dann ist sie aufgestanden [...] Ja, sie stand da, sie hat halt den Kopf nach unten gesenkt. Dann habe ich ihren Kopf aufgemacht. Sie dachte, ich werde ihr ein Geschenk machen. Dann habe ich ihr halt zwei Watschen gegeben. [...] Ja sie stürzte auf das Bett. Dann habe ich ihr gesagt ‚orospu, wenn du meine Ehre in Deutschland beschmutzt bekommst du noch mehr Schläge!‘ Ja, dann habe ich sie ich [sic!] auf das Bett geschmissen, ihr Kleid kaputt gemacht und sie gefickt.“ Wie Toprak anmerkt, „demonstriert“ der Befragte „seiner Frau“ mit den Schlägen und der Vergewaltigung „eindrucksvoll, dass er ab sofort über sie bestimmt, das Sagen hat und dass sie ab diesem Zeitpunkt sein Eigentum ist“.

Deutlich wird in den Interviews zudem immer wieder, dass den Frauen von ihren Männern keine eigene Sexualität zugestanden wird. Vielmehr werden sie von diesem und den anderen

Befragten als Objekte wahrgenommen, an und in denen sie sich befriedigen, wie gleich mehrere von ihnen, wenn auch wenig eloquent, so doch zweifelsfrei erklären. „Ja, ich meine, was hat die Frau damit zu tun. Es geht doch um den Mann, ne. Die Frau muss doch da sein, wenn der Mann etwas will“, erklärt einer von ihnen und fährt fort: „Einmal hat sie gesagt, das will sie nicht, ne, das tut weh, ich soll sie doch streicheln. Soll sie auch noch Lust haben, oder so. Warum soll ich sie streicheln, ich bin doch keine Schwuchtel [...] Ja, dann habe ich weiter gemacht [...] Ja, wie? Das was ein Mann machen muss.“ Ein anderer geht – nun in den Worten Topraks – „sogar so weit zu behaupten, dass es der Frau nicht zustehe, dabei Lust zu empfinden. Die Aufgabe der Partnerin bestehe lediglich darin, dafür zu sorgen, dass der Mann zum Samenerguss kommt“.

Wie Löchel erstaunt anmerkt, redet der türkische Autor dennoch von Partnerschaften in der Ehe und auch davon, dass die Frauen eine Vergewaltigung oft nicht als solche empfinden, sondern als Selbstverständlichkeit des Mannes gegenüber der Ehefrau hinnehmen. Und natürlich beeilt sich Toprak zu versichern, dass derartige Scheußlichkeiten nichts mit dem Islam oder auch nur der türkischen Kultur zu tun hätten. Natürlich nicht. Wer käme denn auf solche Ideen?

Aber ob Islam oder nicht, typisch türkisch oder nicht: Wo eigentlich bleibt der Protest der ehemaligen Latzhosenträger, die einst strickend im Hauswirtschaftskurs saßen und sich nach dem Motto „[Runter mit dem Männlichkeitswahn](#)“ mit einer an Lächerlichkeit grenzenden Verzweiflung um Gleichberechtigung der Geschlechter bemühten? Wo sind die Stimmen der grünen Emanzen, die sich für sexuelle Freiheit und Selbstbestimmungsrecht einsetzten und auch im lebenswürdigsten Mann einen potentiellen Vergewaltiger sahen, angesichts der tatsächlichen Vergewaltiger und der abgrundtiefen Frauenverachtung in der islamischen bzw. türkischen Community? Bewundern (und beneiden?) etwa beide

alternativ geprägten Geschlechter diese „echten“ Männer am Ende sogar?